

Mittwoch (Nachmittag), 13. Juni 2018

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

115 2015.RRGR.614 Kreditgeschäft GR

Leistungen des Kantons an Massnahmen und Entschädigungen im Interesse der Raumplanung; Staatsbeiträge. Rahmenkredit 2016–2019. Zusatzkredit

Präsident. Wir stehen vor dem letzten Traktandum. Nach diesem gibt es noch eine Verabschiedung. Ich bitte die Ratsmitglieder doch: Bleiben Sie sitzen! Aus zeitlicher Sicht müssen wir uns überhaupt nicht beeilen, denn die Sitzung dauert bis um 16.30 Uhr.

Zum Traktandum 115: «Leistungen des Kantons an Massnahmen und Entschädigungen im Interesse der Raumplanung; Staatsbeiträge. Rahmenkredit 2016–2019 [...]». Es handelt sich um einen Zusatzkredit. Dieses Kreditgeschäft wurde von der BaK vorberaten. Ich gebe das Wort Grossrat Mentha.

Luc Mentha, Liebefeld (SP), Kommissionssprecher der BaK. Es geht um Leistungen des Kantons an Massnahmen und Entschädigungen im Interesse der Raumplanung. Es geht um einen Zusatzkredit. Mit diesem Zusatzkredit will man den Kredit, welcher im September 2015 bewilligt wurde, um 2 Mio. Franken aufstocken. Dieses Geld wird insbesondere benötigt, um zusätzliche Mittel für die Einführung des bundesrechtlich vorgeschriebenen Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) zu erhalten. Das müssen die Gemeinden machen. Diese erhalten vom Kanton durch diesen Rahmenkredit Beiträge dafür. Dieser Nachkredit respektive dieser Zusatzkredit kam in der BaK mit 10 Ja-Stimmen zu 0 Gegenstimmen bei 6 Enthaltungen durch. Die Empfehlung lautet somit, diesem Zusatzkredit zuzustimmen. Es ist kein einstimmiger Beschluss. Wie gesagt, gab es Enthaltungen. Diese sind darauf zurückzuführen, dass dieser Nachkredit eigentlich einen Sparauftrag aus dem Entlastungsprogramm rückgängig macht. Dies, weil man seitens der JGK zu besseren Erkenntnissen gelangte, als man sie damals hatte, als dieser Sparvorschlag ins Entlastungspaket (EP) aufgenommen und letztlich von uns genehmigt wurde. Das hat in der BaK doch zu einigen Diskussionen geführt. Es hat auch dazu geführt, dass sich die FiKo mit diesem Zusatzkredit befasste. Diese hat uns, das heisst der BaK, in einem Schreiben ihre Auffassung mitgeteilt. Ich kann diese hier wiedergeben. Die FiKo war der Auffassung, man müsse aufpassen, dass solche Entlastungsprogramme, wenn man sie beschliesst, tatsächlich standhalten, und es solle kein Präjudiz geschaffen werden, welches zusätzlich Entlastungsprogramme infrage stelle.

Auf der anderen Seite haben sowohl die BaK als auch die FiKo festgehalten, dass es, würde man den Zusatzkredit nicht genehmigen, zu Ungleichbehandlungen unter den Gemeinden käme. Bei der Einführung des ÖREB-Katasters war der Ablauf mit den Gemeinden so geplant, dass eine Gemeinde nach der anderen diese Einführung machen würde. Es gab eine Art Fahrplan, wobei die einen Gemeinden früher und die anderen später an der Reihe waren. Die Konsequenz, wenn wir den Zusatzkredit nicht bewilligen, wäre, dass die ersten Gemeinden den Beitrag des Kantons erhalten hätten, und die anderen, welche gemäss Fahrplan am Schluss an der Reihe sind, nicht. Das ist eine Ungleichbehandlung und wäre sehr willkürlich. Aus diesem Grund ist sowohl die BaK als auch die FiKo der Auffassung, man solle diesen Zusatzkredit bewilligen.

Die 6 Enthaltungen müssen so interpretiert werden, dass man unzufrieden ist, dass es zum Zeitpunkt, als das Entlastungsprogramm zusammengestellt wurde, zu einer Fehleinschätzung kam. Damit wollte man signalisieren: Bitte in Zukunft keine solchen Fehleinschätzungen mehr! Ich kann noch sagen, dass sich Herr Regierungsrat Neuhaus für die dadurch entstandene Situation entschuldigt hat. Ich persönlich halte es für eine saubere Haltung des früheren Justizdirektors, dass er seiner Nachfolgerin nicht ein unbereinigtes Dossier übergeben, sondern mit diesem Zusatzkredit dafür gesorgt hat, dass diese Geschichte noch in Ordnung gebracht werden kann. Wie gesagt, empfiehlt Ihnen die BaK mit Zustimmung der FiKo mit 10 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen, diesem Zusatzkredit die Zustimmung zu geben.

Präsident. Es gibt Fraktionssprecher zu diesem Geschäft. Für die SVP-Fraktion erhält Grossrat Rüeegsegger das Wort.

Hans Jörg Rüeegsegger, Riggisberg (SVP). Man könnte dies als unendliche Geschichte bezeichnen. Das ist eines der ersten Geschäfte, welches uns nach vier Jahren wieder über den Weg läuft. Wir haben bereits vor vier Jahren ein wenig daran gekaut. Es gab ein Hin und Her. Wir haben es vom Kommissionssprecher gehört: Es gab ein Hin und Her bezüglich der Summen, dahingehend, wie viel mit diesem Rahmenkredit 2016–2019 genehmigt werden soll, was mit dem EP gestrichen wurde. Unsere Fraktion hat dies ähnlich wie die BaK diskutiert, es gab ein Hin und Her. Die Raumplanung ist sehr wichtig für den Kanton Bern. Es ist auch wichtig, dass die Gemeinden diesbezüglich weiterhin unterstützt werden. Es ist aber auch wichtig, das hat der Kommissionssprecher zum Glück bereits erwähnt, dass es sechs Enthaltungen gab. Genau gleich war es in unserer Fraktion. Die Regierungsrätin sowie die verantwortliche Verwaltung sollen bei solchen Krediten künftig besser darauf schauen, damit diese am Schluss nicht gestraft sind. Es soll vor allem darauf geachtet werden, dass mit dem Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) nur das geplant wird, was notwendig ist. Es sollen nicht zusätzliche Dinge geplant werden, welche entsprechend auch Kosten verursachen. Ich möchte bekannt geben, dass es aus unserer Fraktion die eine oder andere Enthaltung oder Gegenstimme geben wird. Grossmehrheitlich nehme ich jedoch an, dass man hier zustimmen wird.

Ueli Frutiger, Oberhofen (BDP). Der Zusatzkredit für die Bedürfnisse der Raumplanung ist einer der unerfreulichen Art. Die meisten von unserer Fraktion haben Mühe, diese Kröte zu schlucken. Der BDP-Fraktion ist auch klar, dass bei einer Ablehnung des Zusatzkredits wahrscheinlich die Falschen die Leidtragenden sind. Das wären nämlich die Gemeinden und Bauherren, welche Entscheidungen in Raumplanungsverfahren abwarten. Es ist auch klar, dass es mit den Subventionen des Bundes vielleicht nicht gut kommt, wenn diese Planung nicht fertig gemacht werden kann. Aus Sicht der BDP-Fraktion kann das Sparpaket, welches wir im November letzten Jahres schnürten, nicht aufgeschnürt werden. Wir haben 700 000 Franken pro Jahr eingespart. Nun werden pro Jahr 700 000 Franken gespart, und gefordert wird 1 Mio. Franken. Wir fordern nun 300 000 Franken mehr, als wir sparen wollten. Wenn das zur Normalität wird, funktionieren solche Bemühungen für Sparpakete nicht. Aus diesem Grund lehnt eine grosse Mehrheit unserer Fraktion diesen Zusatzkredit ab.

Kilian Baumann, Suberg (Grüne). Es handelt sich um ein exemplarisches Beispiel für eine absurde Übung, wie wir sie teilweise beim Sparpaket im November 2017 durchführten. Es wurde versucht, in einem Bereich 700 000 Franken einzusparen. Man wusste jedoch, dass genau im Bereich der Planung zukünftig eher mehr als weniger Mittel gebraucht werden. Unsere Partei hat bereits früh vor Einsparungen in diesem Bereich gewarnt. Wir haben gesagt, es werde eher mehr Geld gebraucht. Trotzdem hat man versucht, zu sparen. Sehr rasch danach wurde wenige Monate später festgestellt, dass die gewünschten Leistungen nicht erbracht werden können. Mit diesem Nachkredit haben wir jetzt die Quittung erhalten. Uns wäre es lieber gewesen, wenn man vorgängig etwas weitsichtiger agiert hätte. Dies vielleicht als kleine Kritik. Doch diese Kritik gilt dem Vorgänger der Frau Regierungsrätin. Der Kommissionssprecher hat gesagt, dass sich der Vorgänger auch bereits entschuldigt hat. Nichtsdestotrotz wird die grüne Fraktion diesem Nachkredit zustimmen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrat Mentha das Wort.

Luc Mentha, Liebefeld (SP). Wir werden diesen Zusatzkredit – eigentlich aus zwei Gründen – bewilligen: Erstens ist es das, was ich als BaK-Sprecher bereits erwähnt habe. Es würde in der Konsequenz zu Ungleichbehandlungen zwischen den Gemeinden führen. Das wollen wir nicht. Zweitens muss man sagen, dass das ÖREB-Kataster nun wirklich ein Kataster ist, welches im Interesse einer entschlackten und schlanken Bürokratie liegt. Dies, weil man sich damit als Bauwilliger oder als Planungsbehörde auf viel einfachere Art als bisher Einblick verschaffen kann, welche öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen wie beispielsweise Baulinien für Stassen und so weiter vorliegen. Das ist eigentlich das, was wir wollen: einen effizienten Staat und ein Staat, welcher mit guten Mitteln den Bürgerinnen und Bürgern Transparenz verschafft. Daher sind wir der Meinung, in der Dynamik der Entstehung dieses Entlastungsprogramms, welches sehr viele Massnahmen enthielt und wobei man nur beschränkte Zeitressourcen zur Erreichung des Ziels zur Verfügung hatte, sei ein Fehler passiert. Es war noch nie falsch – im Gegenteil, es ist eher falsch, auf Prinzipien zu

beharren – im Nachhinein einen Fehlentscheid zu korrigieren. Das ist mit Blick auf das ganze Entlastungsprogramm eine sehr kleine Korrektur, welche wir nachträglich vornehmen. Das ist nach unserer Auffassung zu verantworten.

Peter Flück, Interlaken (FDP). Auch die FDP-Fraktion hat natürlich im Grundsatz keine Freude an diesem Nachkredit. Das ist klar, es ist keine so schöne Sache. Auf der anderen Seite stellen wir fest, dass auch einmal etwas unterschätzt werden kann und man sich dafür entschuldigen kann. Das ist geschehen. Wir sind der Meinung, dass die Raumplanung für unseren Kanton dermassen wichtig ist. Insbesondere dürfen wir die RGSK, an welchen schliesslich auch die Agglomerationsprogramme hängen, nicht infrage stellen. Die Planung muss vor diesem Hintergrund gemacht werden. Wenn wir diese Agglomerationsprogramme nicht umsetzen könnten, weil wir nicht planen können, hat dies vor allem einen Einfluss auf die grossen Zentren. Das wollen wir nicht eingehen. Deshalb stimmt die FDP-Fraktion diesem Nachkredit einstimmig zu.

Präsident. Wünscht die Regierungsrätin das Wort? – Regierungsrätin Allemann, Sie haben das Wort.

Evi Allemann, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektorin. Es ist tatsächlich immer sehr undankbar, über Zusatzkredite diskutieren zu müssen. Ich kenne dies aus Sicht einer Parlamentarierin. Dies empfand ich stets als sehr mühsam. Ich finde es auch als Regierungsrätin sehr undankbar, Zusatzkredite zu vertreten, welche letztlich gesprochen werden müssen, weil man negativ überrascht wurde. Hier ist es nicht negativ in der Sache, sondern es wurden viel mehr Gesuche eingereicht. Teilweise waren die Gesuche auch höher. Im Bereich der Raumplanung und der Planungsaufgaben nehmen die Herausforderungen zu. Wir haben die bundesrechtliche Vorgabe, das ÖREB-Kataster einzuführen. Wir wollen die Gemeinden diesbezüglich nicht allein lassen. Wir wollen allen Gemeinden, welche diese Gesuche stellen, finanziell unter die Arme greifen. Es kann nicht sein, dass statt der abgemachten Art und Weise, wie man zur Einführung des ÖREB-Katasters kommt, im Nachhinein neue Spielregeln eingeführt werden. Das Amt für Geoinformation (AGI) hat mit den Gemeinden Vereinbarungen abgeschlossen. Man hat diese Vereinbarungen auch zeitlich gestaffelt abgeschlossen. Man hat bewusst die einen Gemeinden zuerst unterstützt, im Wissen darum, dass die Umsetzung nicht gleichzeitig stattfinden kann, und hat deshalb mit den anderen Gemeinden die Vereinbarungen später abgeschlossen beziehungsweise einen späteren Einführungszeitpunkt festgelegt. Damals ging man davon aus, dass die Gesuche der Gemeinden, welche später kommen, denjenigen Gemeinden, welche am Schluss an der Reihe sind, auch bewilligt werden können. Das wäre zurzeit finanziell nicht möglich, wenn der Zusatzkredit nicht genehmigt würde. Deshalb ist es richtig, was gesagt wurde: Wir haben ein Interesse daran, dass die Gemeinden gleichbehandelt werden. Deswegen muss man diesen Zusatzkredit sprechen. Eine Sparmassnahme, von welcher man damals dachte, sie sei möglich, weil man den Spielraum hatte, muss rückgängig gemacht werden. Ich glaube es ist klüger, ehrlich zu sein und einzugestehen, dass man von einem falschen Spielraum ausging.

Jahre vorher wurden diese Rahmenkredite jeweils nicht ausgeschöpft. Der Rahmenkredit 2004–2007 war höher, wurde jedoch nicht ausgeschöpft. Dieser Kredit betrug 13 Mio. Franken, wurde aber nicht ausgeschöpft. Im nächsten Jahr betrug er auch noch 10 Mio. Franken. Weil man die Kredite jeweils nicht ausschöpfte, senkte man den Betrag ebenfalls im Rahmen einer Sparmassnahme auf 7 Mio. Franken. Weil man den Eindruck hatte, es würde sich ungefähr in dieser Art und Weise fortsetzen, legte man den Rahmenkredit auf 9 Mio. Franken fest. Anschliessend wurde die Sparmassnahme beschlossen. Jetzt haben wir folgende Situation, wenn wir all diese planerischen Vorhaben unterstützen wollen: Es geht nicht nur um das ÖREB-Kataster, sondern auch um die Erarbeitung obligatorischer Energierichtpläne, um die Überarbeitung der RGSK bei den Agglomerationsprogrammen Siedlung und Verkehr sowie um die jährlichen Kantonsbeiträge an Geschäftsstellen der Planungsregionen und Regionalkonferenzen. Es geht also nicht nur um das ÖREB-Kataster; dieses war wahrscheinlich der Auslöser oder der Hauptharst, der so finanziert werden kann. Letztlich besteht eine grosse Summe an Planungsvorhaben, welche finanziert werden müssen und womit wir die Gemeinden auch nicht allein lassen wollen. Deshalb bitte ich Sie im Namen des Regierungsrats, diesem Zusatzkredit zuzustimmen. Ich habe den Hinweis beziehungsweise das Anliegen von Grossrat Rügsegger durchaus zur Kenntnis genommen. Ja, wir werden in Zukunft versuchen, so exakt wie möglich, nicht nur in raumplanerischer, sondern auch in finanzieller Hinsicht zu planen. Sie wissen, wie schwierig das manchmal ist. Ich glaube aber, dass wir daran sind, und ich habe den Hinweis zur Kenntnis genommen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem vorliegenden Kredit zustimmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 112

Nein 17

Enthalten 7

Präsident. Sie haben diesem Kredit mit 112 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt. Somit sind wir am Schluss der Geschäfte der JGK angelangt. Ich bedanke mich bei Regierungsrätin Allemann recht herzlich für ihren ersten Einsatz und wünsche ihr einen schönen Sommer.

Sie dürfen sitzen bleiben, weil wir noch eine Verabschiedung vor uns haben. Heute oder bald verlässt unser Vizestaatsschreiber Michel Walthert die Parlamentsdienste. Lieber Michel Walthert, ich hoffe Sie verzeihen mir, dass ich Sie hier und heute auf Deutsch verabschiede, denn meine französischen Äusserungen sind nicht immer so zielführend, sodass alle begreifen würden, was ich sagen will. *(Heiterkeit)* Michel Walthert, Sie sind seit dem 1. Januar 2012 als französischsprachiger Vizestaatsschreiber des Kantons Bern unterwegs. Zu Ihren Hauptaufgaben gehörten die Leitung des Amts für Zweisprachigkeit, Gesetzgebung und Ressourcen, Stabsfunktionen im Dienst des Regierungsrats und dessen Juradelegation, die Betreuung und Begleitung der Jurapolitik sowie die Unterstützung der französischsprachigen Députation hier im Grossen Rat. Ihre beruflichen Interessen galten den Projekten «Parc Chasseral», «Ausbildung der Gemeindeschreiber», «CineCivic» sowie der Zweisprachigkeit im Kanton Bern und der Vertretung der Französischsprachigen in der Kantonsverwaltung. Ich habe mir sagen lassen, dass Ihre persönlichen Interessen bei Ihrer Familie, Ihren Tieren – Hunde, Katzen und Fische – sowie bei der Natur und der Umgebung liegen. *(Heiterkeit)* Sie waren auch als engagierter Sportler unterwegs und sind es immer noch. Ich habe mir sagen lassen, Sie seien Marathonläufer, was sicher Ihre Ausdauer mit all den Grossräten hier beweist. Dass Sie Ihren Kopf aber in den Bergen auch auslüften konnten, beweist, dass Sie gerne Ski fahren und wandern gehen. Ihr soziales Engagement in den verschiedenen Bereichen, aber insbesondere zugunsten der betagten Menschen, ist ein Merkmal Ihrer persönlichen Interessen. Ebenfalls sind Sie ein Mensch, der gerne reist. Als Bernjurassier und wohnhaft im Berner Jura hatten Sie den Mut, aber auch das Interesse, hier in Bern zu arbeiten. Das ist sicher sehr lobenswert. Michel Walthert, ich habe Sie vor allem an den Bürositzungen kennen und schätzen gelernt. Mit Ihrer ruhigen und besonnenen Art haben Sie mich immer wieder beeindruckt. Im Namen des Grossen Rats danke ich Ihnen für Ihr grosses Engagement zugunsten unseres schönen Kantons und unserer Zweisprachigkeit. Ich wünsche Ihnen für den Ruhestand alles Gute, Gesundheit und Wohlergehen! Michel Walthert, herzlichen Dank! *(Die Anwesenden erheben sich zu anhaltendem Applaus.)*

Liebe Grossrätinnen und Grossräte, somit haben wir die erste Session der neuen Legislatur hinter uns. Sie sehen, dass wir es mit Ihren Voten, welche lediglich das Wesentliche umfassten, geschafft haben, noch am heutigen Tag fertig zu werden. Ich wünsche Ihnen eine gute Sommerzeit. Die meisten werden schöne Ferien verbringen können, hoffentlich mit etwas mehr Sonnenschein als während der letzten beiden Tage und möglichst ohne Hochwasser. Ich wünsche Ihnen alles Gute und erkläre die erste Session für geschlossen. *(Applaus)*

Schluss der Sitzung und der Session um 15.20 Uhr.

Die Redaktorinnen:

Céline Gasser (d)

Sara Ferraro (f)